



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 324, 02.02.2010

Grüne fordern Beratungsstelle für Inklusion Eltern und Schulen sollen besser informiert und begleitet werden

Tipps und Links aus dem Internet

Grüne fordern Beratungsstelle für Inklusion Eltern und Schulen sollen besser informiert und begleitet werden

Mit dem neuen Schulgesetz haben behinderte und nicht behinderte SchülerInnen das Recht auf gemeinsamen Unterricht. Nun gilt es, dieses Recht auf Inklusion auch in der Praxis umzusetzen. Die Förderzentren werden nach und nach aufgelöst. An ihre Stelle treten Zentren für unterstützende Pädagogik an allgemeinen Schulen.

Manche dafür ausgewählte Schulen fühlen sich darüber aber noch nicht ausreichend informiert. Auch bei Eltern herrscht Verunsicherung. Das wurde bei einer Podiumsdiskussion der Grünen mit rund 150 BesucherInnen deutlich. Die Grünen fordern deshalb u.a. eine Beratungsstelle für Inklusion und einen Entwicklungsplan für alle Schulen einschließlich der Gymnasien. Ein Positionspapier dazu finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/325/325284.inklusive_schule.pdf

Die Länder sind verpflichtet, die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen umzusetzen. Das bedeutet in allen Lebensbereichen ein Verbot der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, hob der Landesbehindertenbeauftragte Joachim Steinbrück zu Beginn der Veranstaltung hervor. Er lobte das neue Schulgesetz, weil darin der Anspruch auf inklusiven Unterricht verankert worden ist. Damit übernehme Bremen bundesweit eine Vorreiterrolle. Nun komme es allerdings auf die Umsetzung an. Da bestehe noch Handlungsbedarf.

Damit die Umsetzung gut bewerkstelligt werden kann, machen sich die Grünen für eine Beratungsstelle für Inklusion stark. "Die Schulen und Lehrkräfte benötigen Unterstützung, um sich auf den inklusiven Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern vorzubereiten. Sie brauchen fachliche Begleitung. Auch die Eltern müssen bei der Schulwahl und der besten Förderung ihrer Kinder unterstützt werden.

www.gruene-fraktion-bremen.de

Beides kann eine Beratungsstelle für Inklusion leisten. Die sollte aus dem personellen Bestand der Bildungsbehörde möglich sein", betonte die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann.



Eine Forderung, die auch Martina Siemer von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) teilt. Die Inklusion sei in den Schulen noch nicht wirklich angekommen, lautete ihr Befund. So seien bei der Umwandlung von Schulen in Oberschulen häufig keine SonderpädagogInnen dabei. Die GEW-Vertreterin hält eine Stelle für notwendig, die nur den Fokus auf die inklusive Schule legt. Damit könnten Schulen unterstützt, Netzwerke geschaffen und Beratung im Sinne von 'Best-Practise'-Modellen geleistet werden.

Eine zügige Umsetzung des neuen Gesetzes forderte Elke Gerdes von der Initiative 'Eine Schule für alle in Bremen'. Eltern hätten das Gefühl, ausgebremst zu werden. Obwohl die Kinder bereits zum Sommer in die Regelschulen kämen, sei dort vieles noch nicht entsprechend vorbereitet. Außerdem solle die Schulbehörde mehr für Inklusion bei den Eltern werben, um Vorbehalte zu nehmen.

Stephan Michael vom SZ Findorff hält es für wichtig, dass sich wirklich alle Schulen auf den Weg zum inklusiven Unterricht machen. Auch wenn es große Widerstände und Ängste in den Schulen gäbe. Es müsse eine höhere Verbindlichkeit her. Die Anzahl der Standorte, die Inklusion verbindlich umsetzen, müsse ausgeweitet werden.

Inklusion müsse als etwas Selbstverständliches in der Gesellschaft verankert werden. Das sei ein langwieriger Prozess, erklärte indes der Vertreter der Bildungsbehörde Walter Henschen. Die Behörde bereite derzeit einen 'Fahrplan' für die Umsetzung der Inklusion in den nächsten Jahren vor.

Einen verbindlichen 'Entwicklungsplan Inklusion' mahnte Horst Frehe, behindertenpolitischer Sprecher der Grünen, an. "In diesem Entwicklungsplan muss klargestellt werden, dass sich alle Schulen der Aufgabe inklusiver Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern stellen müssen. Auch die Gymnasien. Die Schulen müssen dafür die Voraussetzungen schaffen", so Horst Frehe.

Tipps und Links aus dem Internet

Kinderschutzbund bietet Hausaufgabenhilfe oder Nachhilfe an

Der Deutsche Kinderschutzbund, Landesverband Bremen e.V., bietet Kindern und Jugendlichen Hausaufgabenhilfe oder Nachhilfe durch ehrenamtliche Helfer an. Nähere Informationen unter Tel. 0421/74569 oder in der Geschäftsstelle, Tel. 0421/790 89 46 bzw. broecher@dksb-bremen.de

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.